



Februar 2026

Besteuerung von Wasserstoff in der Mobilität



Deutschland zählt zu den weltweit führenden Standorten für Wasserstoff in der Mobilität – mit ersten wasserstoffbetriebenen Nutzfahrzeugen auf der Straße, einem im Aufbau befindlichen Tankstellennetz und starken Partnerschaften zwischen Industrie, Energie und Logistik.

Unter den aktuellen Rahmenbedingungen droht jedoch, dass Deutschland den Anschluss in der Wasserstoffmobilität verliert und seine Technologieführerschaft im internationalen Wettbewerb einbüßt. Wir als Unternehmen und Wirtschaftsverbände treiben die Markteinführung von Wasserstoffantrieben und die Bereitstellung adäquater Tankinfrastruktur bereits signifikant voran. Daneben braucht es jedoch einen unterstützenden gesetzlichen Rahmen. Hier sehen wir erheblichen Handlungsbedarf.

Derzeit wird der Wasserstoffmotor gegenüber der Brennstoffzelle bei der Energiesteuer benachteiligt: Die Brennstoffzelle ist steuerbefreit, für den Wasserstoffmotor fällt hingegen Energiesteuer an. Für Endverbraucher zeigt

sich dies an den Tankstellen in Preisunterschieden von 1,27€/kg Wasserstoff. Damit besteht ein massives Hemmnis für die Markteinführung einer klimafreundlichen Antriebsform, die neben dem batterieelektrischen Antrieb und der Brennstoffzelle in der EU CO₂-Flottenregulierung für schwere Nutzfahrzeuge als Zero Emission Technologie eingestuft ist.

Eine steuerliche Gleichbehandlung von Wasserstoffmotor und Brennstoffzelle sollte diese Wettbewerbsverzerrung beseitigen. Darüber hinaus würde sie Betreiber von Wasserstofftankstellen, die den Wasserstoffmotor derzeit noch aus steuerlicher Vorsicht von der Betankung ausschließen, ermutigen, diesen zuzulassen.

Nachdem eine Reform der europäischen Energiesteuerrichtlinie im November 2025 gescheitert und auf europäischer Ebene zeitnah keine Einigung zu erwarten ist, werben wir bei Ihnen dafür, über das nationale Energiesteuergesetz auf eine Steuerbefreiung für den Wasserstoffmotor analog zur Brennstoffzelle hinzuwirken. Wohlwissend, dass eine europäische Regelung langfristig sinnvoller und wünschenswert wäre, ist jetzt politisches Handeln erforderlich.

Die steuerliche Gleichbehandlung hat hohe Priorität, um den Leitmarkt Wasserstoff im Straßengüterverkehr anzuregen. Dies ist von zentraler Bedeutung, um einerseits die gesetzten Klimaziele zu erreichen und andererseits den Wirtschaftsstandort Deutschland zu stärken. Bleibt diese Maßnahme aus, werden Länder wie China oder Indien die Führungsrolle bei der Skalierung von Wasserstoff einnehmen.

Gerne stehen wir Ihnen für ein persönliches Gespräch zur Verfügung und bieten die fachliche Expertise unserer Unternehmen und Organisationen an, um zu einer tragfähigen Lösung zu gelangen.

Mit freundlichen Grüßen

Siehe Unterschriften ab der folgenden Seite

[REDACTED] [REDACTED] [REDACTED]
[REDACTED] [REDACTED] [REDACTED]

[REDACTED] [REDACTED] [REDACTED]
[REDACTED] [REDACTED] [REDACTED]

[REDACTED] [REDACTED] [REDACTED]
[REDACTED] [REDACTED] [REDACTED]

[REDACTED] [REDACTED] [REDACTED]
[REDACTED] [REDACTED] [REDACTED]

[REDACTED] [REDACTED] [REDACTED]
[REDACTED] [REDACTED] [REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Dieses Schreiben erhalten zur Kenntnis:

[REDACTED]